SPERRE

Münsters Monatsmagazin für Arbeit und Soziales August / September 2001

Kruzitürken! Sag bloß, der wandert ein?!

Seite 6: Kein schöner Land.



3 3 3 2

Liebe Leserin, lieber Leser!

rbeitslose sind schon ein ganz besonderer Schlag von Menschen: Sie haben gerne wenig Geld in der Tasche, drücken sich vor jeder Arbeit und fahren trotzdem Porsche. Diesen Eindruck bekommt man jedenfalls, wenn man am Stammtisch von Schröder, Müller und Co. sitzt. Die Wirklichkeit ist natürlich eine andere. Aber warum müssen Arbeitslose wieder als Sündenböcke herhalten? Ganz einfach: Das Wahlversprechen "3,5 Millionen Arbeitslose in 2002" gerät ins Wanken, und da ist es schon mal gut, die Schuldigen zu benennen. Die eigene Arbeitsmarktpolitik ist selbstverständlich gut, wenn nur die Arbeitslosen nicht so schlecht wären.

Doch jetzt greift die Regierung durch. Durch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe sollen mehr Arbeitsplätze entstehen. Dahinter steckt eine einfache Überlegung: Durch eine gezielte Verarmung einer größeren Zahl von Arbeitslosen erhalten sogenannte Billig-Jobs Auftrieb. Arbeitslose werden als "Dumping-Arbeitskräfte" gebraucht, als Konkurrenz zu noch gesicherten Tarif-Arbeitsplätzen. Im nächsten Schritt muß dann das Lohnabstandsgebot wieder eingehalten werden, und selbstverständlich wird dann nicht eine Anhebung der Löhne diskutiert, sondern die Kürzung der Sozialhilfe ("Die wollen doch eh nicht arbeiten!"). Dabei brauchen wir nicht ein Lohnabstandsgebot, sondern viel dringender ein "Lohnanstandsgebot". Löhne, die die Frau, den Mann ernähren können! Dann klappt's auch mit dem Arbeitswillen und überhaupt …

Schöne Ferien (in Algerien?) wünscht

Notest Delcary

SEITE

4 ZUM LEBEN ZU WENIG

Neues Faltblatt zur Arbeitslosenhilfe und Vermögen Unterhaltsgeld bei Vollzeitumschulung Zwischen Schule und Studium Mit und ohne Ketten Kommentar: 'Le temps des ceries'

6 KEIN SCHÖNER LAND.

Was fremd ist, muß fremd bleiben. Letzter Teil

■ 10 GEMEINSAM

Papiere jetzt!

■ 11 VOR ORT

Der Tarifkampf im münsterschen Busgewerbe

■12 EINSPRUCH - STATTGEGEBEN

Urteile und Anwalttip

■ 14 ARBEITSMARKT

Millionen liegen auf der Straße!

■ 16 GASTBEITRAG

Rüdiger Sagel, münsterscher Grünen-Landtagsabgeordneter: "Recht auf Arbeit unter sozialen Bedingungen"

17 FRAUEN

Das Neueste zum Gleichstellungsgesetz

■ 18 NUR MUT!

" ... denn die Welt ist eine Scheibe!"

20 GEN SÜDEN

Catsitting in Portugal

21 DIES UND DAS

Die SPERRE im Internet, Phönix: Inkubator für Existenzgründer

22 DIE REGION

Regionalkonferenz fördert offene Arbeitslosenarbeit.





Kinderhauser Arbeitslosen Initiative e.V.

Beratung und Begleitung von Arbeitslosen und ihren Angehörigen

Ansprechpartnerin: Angela Vrbanec

dienstags 8.30 bis 12 Uhr mittwochs 14.30 bis 17 Uhr donnerstags 9.30 bis 11.30 Uhr und nach Vereinbarung 26 36 89 Fax 26 52 96 07 Josef-Beckmann-Str. 5 48 159 Münster

KAI e.V. ist eine gemeinnützige Initiative in der Kirchengemeinde St. Josef Kinderhaus, die eng mit anderen Einrichtungen im Stadtteil und im Stadtbezirk zusammenarbeitet.



Süddeutsche Zeitung Täglich! Wirkt ungemein belebend.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Arbeitslose brauchen Medien (AbM) e.V. Achtermannstr. 7, 48143 Münster

Telefon: (0251) 511121 Telefax: (0251) 47914 E-Mail: sperre@muenster.de abm@muenster.de

Internet: www.muenster.org/sperre

Redaktion:

Stefan Rißmann (sr), Ralf Tieck (tie), Arnold Voskamp (avo), Michael Weist (mic, v.i.S.d.P.)

Mitarbeit:

Wilhelm Achelpöhler, Hans-Dieter Hunscher, Anne Neugebauer, Verena Finster, Uli Wieners

Design, Layout, Satz: Ralf Vassholz, Michael Weist

Titel

Ralf Vassholz (Gestaltung), Michael Weist (Idee)

Fotos:

Michael Weist

Web-Design: Stefan Rißmann

Bankverbindung/Spendenkonto: Sparkasse Münster BLZ 400 501 50, Kto. 4011797

Produktionsberatung: Navigator Ateliergemeinschaft Ulrich Ruhe

Druck:

Druckhaus Lensing Auflage: 4,000

Bezug: per Versand zum Selbstkostenpreis / als Förderabonnement, Verteilung: kostenfrei an Auslagestellen im Innenstadtgebiet Münsters (neue InteressentInnen wenden sich bitte an den Herausgeber)

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Das Urheberrecht für Textund Bildbeiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren. Jedwede Nutzung, auch auszugsweiser Nachdruck, bedarf der Genehmigung.

Leserbriefe an den Herausgeber. Wir freuen uns über jede Zuschrift. Anonyme Leserbriefe veröffentlichen wir nicht. Das Recht, zu kürzen, behalten wir uns vor.

Nächste Ausgabe (Oktober 2001): 28. September 2001 Redaktionsschluß: 10. September 2001 Anzeigenredaktionsschluß: 13. Sept. 2001

0000000000000

Neues Faltblatt zur Arbeitslosenhilfe und Vermögen

Arbeitslosenhilfe erhalten Arbeitslose nur, wenn sie auch bedürftig sind. Wer arbeitslos wird, fragt sich: Muß ich meine Altersvorsorge, meine Wohnung oder mein Sparbuch erst verbraucht haben, bevor das Arbeitsamt mir Arbeitslosenhilfe zahlt? Das ist nicht immer einfach zu klären.



Deshalb hat Stefan Bönnighausen sein Praktikum in der cuba-Arbeitslosenberatung dazu benutzt, für Arbeitslose ein handliches Faltblatt zu entwickeln. Mit ihm lassen sich viele Fragen rund um die Vermögensanrechnung des Arbeitsamtes beantworten.

Interessierte erhalten das Blatt im cuba sowie in der Bürgerberatung, in der Stadtbücherei und bei weiteren Stellen in Münster.

Unterhaltsgeld bei Vollzeitumschulung nach vorherigem Arbeitslosengeld auf Teilzeitbasis

Während einer Fortbildung zahlt das Arbeitsamt üblicherweise Unterhaltsgeld in Höhe des Arbeitslosengeldanspruches. Erwerbslose nach einer Erziehungsphase haben jedoch oft nicht so hohe Ansprüche auf Arbeitslosenunterstützung. Sie waren vielleicht nur halbtags tätig gewesen, oder sie haben nur eine Teilzeitstelle gesucht. Wenn sie nun in eine Vollzeitfortbildung gehen, dann können sie während der Maßnahme dennoch Unterhaltsgeld auf Vollzeitbasis beziehen. In diesem Fall würde sich das Arbeitsamt fiktiv nach der tariflichen Bezahlung einer solchen Arbeit richten, die zu Maßnahmebeginn für die Arbeitslose in Frage gekommen wäre.

Voraussetzung einer solchen Neufestlegung ist, daß die Maßnahme in ihrem zeitlichen Umfang deutlich mehr Stunden umfaßt als die Teilzeitbemessung der Ar-

Foto: Weist

beitslosenunterstützung. Das Arbeitsamt spricht dann von einer unbilligen Härte. Das Bundessozialgericht hat als

ganz grobe Richtlinie festgestellt, daß bei 10 Prozent mehr Stundenumfang noch keine unbillige Härte vorliegt, bei 25 Prozent aber in jedem Fall. Die Bundesanstalt für Arbeit leitet daraus ab, daß sie wegen einer unbilligen Härte fiktiv neu bemißt, wenn der Stundenumfang der Fortbildung mehr als 20 Prozent über der vorherigen Teilzeitarbeit liegt.

Die Arbeitsämter handeln nicht einheitlich. Einzelne Arbeitsämter gewähren quasi automatisch in solchen Fällen ein Unterhaltsgeld nach Vollzeit. andere dagegen wie etwa Münster erkennen eine unbillige Härte nicht an. wenn die Arbeitslose vor Beginn der Ausbildung nicht ausdrücklich die Teil-

zeitbeschränkung zurücknimmt. Wer also ausdrücklich die vollzeitige Verfügbarkeit erklärt, spart sich hierzulande einigen Wiggel. Die Position des münsterschen Arbeitsamtes ist aber rechtlich sehr zweifelhaft. Das Gesetz spricht von den Bedingungen "zu Beginn der Maßnahme", nicht "vor Beginn der Maßnahme". Zu Beginn der Vollzeitmaßnahme muß die Arbeitslose jedoch in jedem Fall vollzeitig verfügbar sein, und das Arbeitsamt muß diesen Wechsel in der Verfügbarkeit kennen, sonst wäre ja die entsprechende Beratung und die Maßnahmezuweisung falsch gelaufen. Wer ein zu geringes Unterhaltsgeld überprüfen lassen will, sollte sich beraten lassen.

Zwischen Schule und Studium

Kindergeld wird bis zum 18. Lebensjahr gezahlt. Wer über 18 Jahre alt ist, für den zahlt die Familienkasse nur, wenn das ,Kind' in der Ausbildung ist, wenn es für die Suche einer Ausbildungsstelle oder einer Arbeit gemeldet ist oder wenn es so behindert ist, daß es zeitlebens nicht wird arbeiten können.

Nun müssen die Abiturienten sich nicht alle arbeitslos melden, wenn sie ihr Abi in der Tasche haben. Für den Zeitraum zwischen Schule und Studium müssen die Eltern gegenüber der Familienkasse erklären und belegen, daß die schulische Ausbildung beendet ist und eine Bewerbung für ein Studium läuft. Nach Semesterbeginn ist dann zu belegen, daß das ,Kind' das Studium aufgenommen hat. Dann wird weiter Kindergeld bezahlt. Die Meldung zur Arbeitssuche lohnt sich allerdings für diejenigen Schulabgänger, die demnächst Wehr- oder Zivildienst leisten müssen und bis dahin noch mindestens zwei Monate warten und solange eine versicherungspflichtige Arbeit suchen. In diesen Fällen muß der Bund während der Dienstzeit Beiträge in die Arbeitslosenversicherung zahlen. Für die Zeit nach dem Dienst erwerben die Schulabgänger damit einen Arbeitslosengeldanspruch.

Am Dienstag, 21. August 2001, wird um 16.00 Uhr in den Räumen der SPERRE, Achtermannstr. 7, die Initiative

Arbeitslose brauchen eine Musikhalle AbM gegründet. Nicht nur die stadteigenen Firmen setzen sich für die Musikhalle ein. Auch die Arbeitslosen wollen endlich ihren Teil dazu beitragen, daß Münster mehr hohe Kultur bekommt. Im ersten Treffen sollen Ideen gesammelt werden, später kommt es auf aktiven Einsatz für die gute Sache an.

Mit und ohne Ketten

Kommentar

von Wilhelm Achelpöhler, Vorstandssprecher GAL / Grüne Münster

Le temps des ceries

FDP in Münster nicht warten. destat eine Mehrheit gefunden hatte, wollten CDU/SPD/ ses Vergabegesetzes im Bundestag, das bereits im Bunden, die nach Tarif zahlen. Auf die Verabschiedung dieöffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werklärt, wenn durch ein , Vergabegesetz' gesichert ist, daß te sich längst zu Zugeständnissen beim Lohn bereiterauf einen Konfrontationskurs zur Gewerkschaft: Die hatdete CDU-Oberbürgermeister Tillmann. Er setzte dabei lich" und würden "im Wettbewerb untergehen", verkünstädtischen Verkehrsbetriebe "zu teuer und zu unbewegum das städtische Busnetz gezwungen, sonst seien die Dazu sei man durch den zu erwarfenden Wettbewerb schäftigten auf ihre bisherigen Ansprüche verzichten. bot" zum Abschluß von Einzelverträgen sollten die Begeltenden Tarifvertrag unterlaufen. Durch das "Angeternehmen den bislang für die Stadtwerkemitarbeiter und der Uberführung der Stadtwerkebusse auf dieses Unnes privaten Bus-Unternehmens (ein Bus, zwei Fahrer) tahrer statt. CDU/SPD/FDP wollten mit dem Erwerb eine. Passend zur Süßkirschenzeit fand der Streik der Bus-"Le temps des ceries" ist ein Lied der Pariser Commu-

Man reibt sich verwundert die Augen: Ist nur Münster von Liberalisierung und Globalisierung im Zeichen des EU-Binnenmarktes bedroht? Sind die Busfahrer in Münster besonders kämpferisch? Oder weshalb haben wir keinen bundesweiten Busfahrerstreik? Tatsächlich nutzt die Ratsmehrheit das Gespenst der Globalisierung, um schon heute, viele Jahre vor der ersten Ausschreibung des städtischen Busnetzes, den Lohn der Arbeitnehmer kräftig zu drücken.

Die Busfahrer trafen mit ihrem Streik auf breite Sympathie. Und zwar schlicht deshalb, weil es sich herumgesprochen hat: Hier wurde an den Busfahrern vorexerziert, was anderen Beschäftigten auch bald drohen kann. Deshalb war der Streik die richtige Antwort. Er signalisiert der Politik, daß Lohndumping und der Abbau von Arbeitnehmerrechten auf Gegenwehr stößt. Und zwar auch dann, wenn er mit so mächtigen Argumenten weit uber die Stadtwerke hinaus. Die Auseinanderung des Streiks weit über die Stadtwerke hinaus. Die Auseinandersetzung um Neoliberalismus und Giobalisierung findet nicht nur auf den Straßen von Göteborg und Genua statt, sondern auch auf dem Prinzipalmarkt.

Zur Privatisierung des städtischen Busverkehrs lesen Sie auch unseren Bericht auf Seite 11.

In Münsters Museumslandschaft ist viel los. Der Weltbürger im Münsteraner holt die ganz großen Highlights, erst das Picasso-Museum und demnächst ein großes Museum für Gegenwartskunst. Der Paohlbürger im Münsteraner nimmt es der Archäologie übel, daß sie in Münster menschliches Leben schon vor dem ersten Bischof gefunden hat, da läßt er das Archäologiemuseum lieber ins Ruhrgebiet ziehen. Stattdessen bringt der westfälische Adel und Halbades in Pferdemuseum an den Start oder, adel ein Pferdemuseum an den Start oder,



baren Materie wird. Auswahl und Veränderung die menschliche Natur zur formdens. Der Rundgang endet damit, wie in der gentechnischen genwärtigen Kultur des wirtschaftlich gut ausgestatteten Norten Teil: die Abhängigkeit von materiellen Gütern in der ge-Die Kehrseite dieses materiellen Ausblutens zeigt sich im dritmer weniger den Lebensunterhalt vor Ort decken können. die Arbeitsbedingungen in der dritten Welt, deren Erlöse im-Seeleute auf schrottreisen Frachtern ("Seelenverkäusern"); um Prostitution; um rechtlose Arbeitsverhältnisse südasiatischer bedingungen von verschleppten Frauen und Kindern in der heutige sklavenähnliche Arbeitsverhältnisse: um die Lebensvenhalter, die Sklavenaufstände. Im zweiten Teil geht es um jämmerlichen Unterkünfte neben den Feudalbauten der Sklaschaulich geboten: den knappen Platz im Sklavenschiff, die der Kolonialzeit. Die Besucher kriegen das Sklavenleben anhört der klassischen Sklaverei mit afrikanischen Sklaven in zwei Jahrtausenden anschauen. Der erste von drei Teilen geohne Ketten" kann man sich Sklaverei und Abhängigkeit in schen im Naturkundemuseum: Unter dem Motto "Mit und Zur Zeit läuft eine Ausstellung zur Kulturgeschichte des Men-

Obacht: Das Deutsche wird unterwandert!

Was fremd ist, muß fremd bleiben.

Letzter Teil

Kinder? Inder? Kommissionen! Nun liegen sie also samt und sonders auf dem Tisch, die vielbeschworenen und nicht minder voluminösen Migrations- und Integrationskonzepte der Parteien. Da wurde erkennbar eine Menge Gehirnschmalz in die Beantwortung der Frage gesteckt, wohin sich unsere Gesellschaft entwickeln wird und wie man - je nach politischer Coleur - die Einwanderung nach Deutschland gestalten, begrenzen oder verhindern kann. Wir riskieren den einen oder anderen Blick auf die geduldigen Papiere. Und gucken uns auch die Knackpunkte etwas genauer an, über die man bei der Suche nach dem ultimativen Konsens - sprich: dem Zuwanderungsgesetz, das Bundesinnenminister Otto Schily im September dem Bundestag vorlegen will - schon mal stolpern könnte. Dabei lassen wir das CSU-Gezeter (Motto: ,Ausländer, wenn schon nicht raus, so doch wenigstens nicht rein!') rechts liegen und konzentrieren uns auf die Vorschläge der von der Bundesregierung eingesetzten Süßmuth-Kommission, der Müller-Kommission (CDU), der Bündnisgrünen, der SPD-Bundestagsfraktion und der PDS.



Süßmuth-Kommission

Auf der Basis verschiedener Leitlinien, denen zufolge Konflikte mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit vermieden, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft gesteigert und der dramatische Bevölkerungsrückgang abgefedert werden sollen, entwikkelt die Kommission mit Blick auf den Vorrang künftiger EU-Richtlinien ein Modell arbeitsmarktbezogener Zuwanderung. Hiernach sollen dauerhaft bleibende Einwanderer künftig nach einem bundeseinheitlichen Punktesystem ausgewählt werden, das über Kriterien wie Alter, Qualifikation und Sprachkenntnisse eine langfristige Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft wahrscheinlich macht. Ein ,Zuwanderungsrat' soll Vorschläge zur Zahl der Zuwanderer pro Jahr unterbreiten. In einem ersten Schritt könnten dies 50.000 Personen sein. Diese Zahl schlüsselt sich auf in

- 20.000 qualifizierte und unabhängig vom aktuellen Arbeitskräftebedarf dauerhaft einzugliedernde Zuwanderer,
- 20.000, Engpaßarbeitskräfte' mit einer bis zu fünf Jahren befristeten Aufenthaltserlaubnis,
- 10.000 ausländische Auszubildende.

Ein neues 'Bundesamt für Zuwanderung und Migration' könnte nach An-

sicht der Süßmuth-Kommission zukünftig die Einwanderung koordinieren. Die dauerhaften Zuwanderer und die Engpaßarbeitskräfte sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Familienangehörigen mitzubringen. Für ausländische Existenzgründer mit einem tragfähigen Geschäftsplan, für durch deutsche Universitäten ausgewählte Studierende sowie für Spitzenkräfte aus Wirtschaft und Wissenschaft sieht die Kommission keinerlei Kontingentierung vor. Sie verweist darauf, daß nach bisherigen Erfahrungen ein hoch qualifizierter Zuwanderer mit seiner Tätigkeit in Deutschland zur Schaffung von zwei bis drei zusätzlichen Arbeitsplätzen beiträgt.

Müller-Kommission

Die CDU sieht in einem neu zu schaffenden 'Zuwanderungsbegrenzungsund Integrationsgesetz' das zentrale Instrument künftiger Zuwanderungspolitik in Deutschland. Diesem Gesetz soll die Vorstellung zugrundeliegen, daß es ein Recht auf Zuwanderung in die Bundesrepublik nicht gibt und daß EU-Zuwanderungsrichtlinien hierzulande nur insoweit gelten können, als sie über deutsches Recht nicht hinausgehen.

Ohne sich auf Zahlen festzulegen, unterscheidet die Müller-Kommission Arbeitsmigranten in drei Gruppen:

 die gering qualifizierten und saisonalen Arbeitskräfte, für die kein dauerhaftes Zuwanderungsbedürfnis besteht



und denen nur dann eine befristete Arbeitserlaubnis erteilt werden soll, wenn sie keine einheimischen Arbeitskräfte verdrängen,

- die qualifizierten Fachkräfte, an die, nachrangig zur Qualifizierung und Rekrutierung einheimischer Arbeitskräfte, eine befristete Arbeitserlaubnis mit der Option unbefristeter Verlängerung vergeben werden kann,
- die ,Höchstqualifizierten', für die attraktive Aufnahmebedingungen und dauerhafte Zuwanderungsmöglichkeiten geschaffen werden sollen.

Bündnis 90/Grüne

Unter dem Motto ,Grüne Einwanderungspolitik: Kultureller Pluralismus und Integration' schlagen Bündnis 90/ Die Grünen in einem Beschluß der Bundesdelegiertenkonferenz vom März 2001 für die Steuerung der Arbeitskräftezuwanderung flexible Detailquoten und Anreizmodelle vor. Sie favorisieren eine gesetzliche Regelung der Einwanderung, die ein schnelles und unbürokratisches Reagieren auf die aktuellen wirtschaftlichen Belange der Gesellschaft und eine auf Dauer angelegte Integration der Zuwanderer ermöglicht. Auch die Grünen vermeiden es allerdings, konkrete Zahlen zu nennen. Der Bedarf an ausländischen Arbeitskräften soll nach ihren Vorstellungen alle zwei Jahre unter demokratischen und transparenten Regeln - das heißt, nach Anhörung und Beteiligung verschiedener



gesellschaftlicher Interessengruppen festgestellt werden.

SPD

Mit ihren zu guter Letzt aus dem Ärmel gezauberten 'Eckpunkten' versucht die SPD-Bundestagsfraktion einen Spagat zwischen den Zuwanderungskonzepten der Süßmuth- und denen der Müller-Kommission. Ein Schelm, wer dabei an Realpolitik denkt. Was die Arbeitsmigration angeht, beruft sich die SPD auf "belastbare Arbeitsmarktprognosen" und kommt zu dem Schluß, "daß in den nächsten Jahren der Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften sehr gering sein wird." Deshalb will die SPD bis zum Jahr 2010 nur Höchstqualifizierten - beispielsweise im Bereich der Informationstechnologie - die Zuwanderung nach Deutschland ermöglichen.

Die SPD unterscheidet zwischen dauerhafter und befristeter Zuwanderung von Arbeitsmigranten und möchte das bisher sehr zersplitterte Ausländerrecht auf diese beiden Aspekte fokussieren. Anders als die Süßmuth-Kommission legt sie keine konkreten Zuwanderungskontingente fest und sieht einen Familiennachzug nur für die dauerhaft bleibenden Zuwanderer vor. Hinsichtlich der Auswahl der Zuwanderer, die auf Dauer in Deutschland bleiben wollen, ist die SPD mit ihrem Entwurf eines auf Ausbildung, Berufserfahrung, Alter und Sprachkenntnisse ausgerichteten Punktesystems auf einer Linie mit dem Konzept der Süßmuth-Kommission.

PDS

Die Thesen der PDS zur Gestaltung und Steuerung von Migration basieren auf dem Postulat ,Recht statt Quote'. Wer in Deutschland eine Arbeit oder eine Ausbildung aufnehmen will, hat hiernach einen Rechtsanspruch auf Zuwanderung. Die PDS orientiert sich nicht an den Interessen der Wirtschaft, sondern an denen der Zuwanderungswilligen. Deshalb lehnt sie eine Quotierung der Einwanderung strikt ab. Die PDS-Kriterien sehen vor, daß diejenigen nach Deutschland einwandern können, die hier ein Studium oder eine Ausbildung beginnen, ein Unternehmen gründen, einen Arbeitsplatz vorweisen oder ihren Lebensunterhalt anderweitig bestreiten können. Für zunächst ein halbes Jahr einreisen dürfen diejenigen, die sich in Deutschland einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz suchen wollen.

Fluchtinduzierte Zuwanderung

Süßmuth-Kommission

Mit Blick auf die Gestaltung des Asylrechts hält die Süßmuth-Kommission eine erneute Grundrechtsdebatte, wie sie von der CDU ("Abschaffung des individuellen Grundrechts auf Asyl") und den Grünen ("Abschaffung der 1993 installierten 'Drittstaatenregelung' des Art. 16a Grundgesetz") angeregt wurde, für überflüssig. Sie konzentriert sich auf verfahrenstechnische Aspekte wie die Verkürzung der Asylverfahren auf ein Jahr - ohne allerdings die Rechtsweggarantie der Asylbewerber zu beschneiden sowie die Erschwerung des sogenannten Asylmißbrauchs und eine "Optimierung der Rückkehr und Rückführung abgelehnter Asylbewerber". Abschaffen will die Kommission das Amt des Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten ebenso wie die bisher geltende Weisungsunabhängigkeit der Einzelentscheider des ,Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (Bundesamt)'.

Einig war sich die Kommission, daß die Asylgarantie des Grundgesetzes eine Quotierung wie bei der arbeitsmarktorientierten Zuwanderung nicht zuläßt. Einigkeit bestand auch darin, daß die Praxis der Kettenduldungen für nicht anerkannte Asylbewerber und Flüchtlinge zugunsten einer unbefristeten Aufenthaltsbefugnis aufgegeben werden sollte. In den wichtigen Fragen der Asylgewährung bei nichtstaatlicher oder geschlechtsspezifischer Verfolgung sowie der Anerkennung von illegal in Deutschland lebenden Ausländern fand die Kommission allerdings zu keiner einheitlichen Position. Die Frage, ob und wie man Fluchtursachen wirksam bekämpfen kann, kommt im Süßmuth-Papier gar nicht erst vor.

Müller-Kommission

Zwar hält auch die CDU das Asylrecht für unantastbar und lehnt deshalb eine Limitierung ab. Zu einem Bestandsschutz des individuellen Grundrechts auf Asyl kann sie sich allerdings nur zähneknirschend durchringen. Ein großer Teil der CDU will die Schutzvorschrift des Art. 16 GG nach wie vor in eine institutionelle und damit eben nicht mehr individuell einklagbare Garantie umwandeln. Und so heißt es denn auch im Abschlußbericht der Müller-Kommission, daß "die Ausgestaltung des Asylrechts als Individualgrundrecht im europäischen Vergleich atypisch und im Falle einer europäischen Harmonisierung des Asylrechts nicht mehrheitsfähig ist".

Anders als die Süßmuth-Kommission fordert die CDU eine drastische Verkürzung des gerichtlichen Instanzenweges und eine Regelung, die Asyl-Folgeanträge bei unveränderter Situation im Herkunftsland ausschließt. Sie entwickelt detaillierte Vorstellungen, wie man den sogenannten Asylmißbrauch konsequent sanktionieren, die spärlichen Freiheiten der Asylbewerber, beispielsweise in puncto Wohnortwahl oder Arbeitsaufnahme, noch weiter einengen und die staatlichen Sozialleistungen zusammenstreichen kann. Den illegalen Aufenthalt von Ausländern in Deutschland will die CDU "konsequent beenden". Immerhin: Die Müller-Kommission mißt der Bekämpfung von Fluchtursachen vor Ort und der Armutsbekämpfung durch Hilfe zur Selbsthilfe große Bedeutung zu.

Bündnis 90/Grüne

Die Grünen stehen ohne Wenn und Aber zum individuellen Grundrecht auf Asyl. Sie fordern die ersatzlose Streichung der

Drittstaatenregelung des Art. 16a GG und damit die Reanimation des ursprünglichen Asylschutzes für Flüchtlinge. Was den Schutz nichtstaatlich oder geschlechtsspezifisch Verfolgter angeht, stellen sich die Grünen auf den Standpunkt der Genfer Flüchtlingskonvention, und der heißt: Asylgewährung für diese Personengruppen. Zudem fordern sie, weitgehende Eingriffe in die Grundrechte von Asylsuchenden - vor allem die entwürdigenden Regelungen des Asylbewerberleistungsgesetzes und der sogenannten Residenzpflicht - rückgängig zu machen. Nicht zuletzt in der Legalisierung und Verstetigung des Aufenthaltes von illegal hier lebenden Ausländern sehen die Grünen einen wichtigen Markstein für den Beginn einer modernen Einwanderungspolitik.

SPD

Auch für die SPD ist das individuelle Grundrecht auf Asyl unantastbar. Sie möchte Ausländern mit Abschiebeschutz einen gesicherten Aufenthaltsstatus und damit eine bessere Lebensperspektive bieten. Eine Aufhebung der Drittstaatenregelung des Art. 16a GG steht für die SPD nicht zur Debatte. Den Asylschutz für nichtstaatlich oder geschlechtsspezifisch Verfolgte möchte sie zwar nicht in die Verfassung, aber immerhin ins Ausländergesetz aufnehmen.

Wie die Süßmuth-Kommission hält auch die SPD an der Rechtsweggarantie für Asylbewerber fest, fordert allerdings eine deutliche Verkürzung der erstinstanzlichen Gerichtsverfahren.



Die PDS plädiert für eine Ausweitung des Asylgrundrechtes auf nichtstaatlich oder geschlechtsspezifisch Verfolgte. Sie fordert zudem die Abschaffung des Art. 16a GG, des Asylbewerberleistungsgesetzes und der sogenannten Residenzpflicht, nach der Asylsuchende bestimmte Orte oder Regionen nicht verlassen dürfen. Die PDS spricht nicht von illegalen, sondern von "illegalisierten" Ausländern in Deutschland, die schutzlos der Willkür von Behörden oder Arbeitgebern ausgesetzt seien und meist keinen Zugang zu medizinischer Versorgung hätten. Solche Lebensbedingungen widersprechen nach Auffassung der PDS internationalen Menschenrechtsabkommen. Deshalb setzt sie sich dafür ein, diesen Menschen einen legalen Aufenthaltsstatus zu ermöglichen.

Die Bekämpfung der durch die Politik der Industrienationen maßgeblich mitverschuldeten Fluchtursachen hat für die PDS eine sehr hohe Priorität. Deshalb fordert sie ein Verbot von Rüstungsexporten, die Orientierung der deutschen Außenpolitik an der Verwirklichung der Menschenrechte sowie eine umfassende Entschuldung der sogenannten Entwicklungsländer.

Integration

Süßmuth-Kommission

Die Kommission streicht heraus, daß Integration als gesellschaftlicher Prozeß quasi die unabdingbare Fortsetzung der geregelten Zuwanderung darstellt. Sie sieht in dem Verhältnis zwischen Zuwanderern und aufnehmender Gesell-

Arbeit und Familie. Für den Schulunterricht fordert sie beispielsweise, das Fach Deutsch als Zweitsprache zu etablieren. Die Kommission empfiehlt unter anderem, analog zur niederländischen Praxis Integrationskurse für erwachsene Neuzuwanderer und Deutschkurse für Mütter mit Migrationshintergrund anzubieten. Sie hält die Bereitstellung von zunächst 220.000 Erstförderungs-Kursplätzen für erforderlich. Die Teilnahme an den Integrationskursen soll verpflichtend sein, aber auch mit finanziellen Anreizen belohnt werden. Jugendliche Asylbewerber und jugendliche Flüchtlinge ohne Aufenthaltsstatus sollen, anders als bisher, die Möglichkeit bekommen, eine Berufsausbildung aufzunehmen. Zuwanderern mit dauerhafter Aufenthaltsperspektive ist nach Auffassung der Kommission ein sofortiger unbeschränkter Arbeitsmarktzugang zu gewähren.

Im Hinblick auf die integrationsfördernden Aspekte des Familienverbandes fordert die Kommission eine rechtlich abgesicherte Möglichkeit des Nachzugs der Kernfamilie, weit gefaßte Ermessensspielräume für den Nachzug entfernterer Verwandter sowie eine Anhebung des Nachzugs-Höchstalters der Kinder von derzeit 16 auf 18 Jahre. Die Einbürgerungsregelungen des neuen Staatsangehörigkeitsrechts beurteilt die Kommission positiv, sie empfiehlt jedoch eine großzügigere Handhabung bei der Zulassung von Mehrstaatigkeit (,Doppel-Paß').

Müller-Kommission

Die CDU richtet ihr Augenmerk vor allem darauf, die Entstehung beziehungsweise Verfestigung dauerhaft nebeneinander existierender Parallelgesellschaften in Deutschland zu verhindern. Auch sie hebt den wechselseitigen Charakter des Integrationsprozesses hervor, und auch sie benutzt hierfür das Begriffspaar ,Fördern und Fordern'. Genau wie die Süßmuth-Kommission setzt sie dabei auf obligatorische Integrationskurse, sieht jedoch, anders als jene, scharfe Sanktionsmaßnahmen für Zuwanderer vor, die gegen ihre Teilnahmepflicht verstoßen.

Den Doppel-Paß lehnt die CDU strikt ab. Was den Familiennachzug angeht, will die Müller-Kommission das Höchstalter nachziehender Kinder nicht heraufsetzen, sondern auf



schaft eine Wechselseitigkeit, die sie mit dem Grundsatz 'Fördern und Fordern' beschreibt: Die Gesellschaft muß den Zuwanderern Bildungs-, Arbeits- und Lebenschancen eröffnen; die Zuwanderer müssen sich aktiv um den Erwerb der deutschen Sprache und um Integration bemühen.

Die Süßmuth-Kommission stellt die Integrationsziele auf drei Säulen: Bildung,

EMIGRATION

wandre ein
ins ungeliebte land
lerne es kennen als fremder
neugierig auf seine sitten
laß dich überraschen
von seinen feiertagen
und von den masken seines hasses

sei kein gast und putze nicht die spiegel lies in schlagzeilen geschichte vor allem übe dich in der schweren neuen sprache

die reportagen dieser sportnation übersetzen keine stummen siege und wenn es zeit ist für die tagesschau vergiß nicht daß in deiner ersten gegenwart die sonne aufgeht wie ein alltägliches versprechen

Manfred Jurgensen

sechs beziehungsweise zehn Jahre absenken, und die Zuwanderung entfernterer Verwandter nur in absoluten Ausnahmefällen zulassen. Straffällig gewordene Ausländer, die zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt worden sind, sollen nach den Vorstellungen der CDU konsequent ausgewiesen und zur Haftverbüßung - auch gegen ihren Willen - möglichst zügig in ihr Herkunftsland abgeschoben werden.

Bündnis 90/Grüne

Im Gegensatz zur CDU setzt das Integrationskonzept der Grünen auf die Allgemeingültigkeit der Menschenrechte und damit eben auf ein pluralistisches Gesellschaftskonzept und das Funktionieren einer multikulturellen Demokratie. Die Vorbereitung hierauf beginnt schon im Kindergarten: Wo andere Migrationskonzepte das Erlernen der deutschen Sprache und deutscher Grundwerte durch die ausländischen Kinder und Jugendlichen in den Vordergrund stellen, sehen die Grünen im interkulturellen Lernen und im produktiven Umgang mit kultureller Vielfalt das A und O der gesellschaftlichen Integration von Ausländern und Deutschen.

Integration von Zuwanderern steht nach Ansicht der Grünen nicht nur für die Teilhabe an Bildungs- und Arbeitschancen, sondern auch an der aktiven Gestaltung des Gemeinwesens. Deshalb fordern sie die Herstellung von Rechts- und Chancengleichheit für alle dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen. In diesen Katalog gehören beispielswei-

.

sellschaftlichen Integrationsarbeit - Sprache, Qualifizierung, Wertevermittlung und soziale Begleitung durch "Integrationslotsen" - teilt sie im wesentlichen die Positionen der Süßmuth-Kommission. Dasselbe gilt für die Heraufsetzung des Nachzugsalters von Kindern auf 18 Jahre sowie für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch die Zuwanderer und die Ermöglichung von Mehrstaatigkeit. Die SPD hält es für sinnvoll, daß ausländische Hochschulabsolventen dauerhaft in Deutschland bleiben und ihre Kompetenz hier in das Beschäftigungssystem einbringen können.

PDS

Für die PDS ist gesellschaftliche Integration nicht gleichbedeutend mit einer Assimilation der Einwandernden in die Mehrheitsgesellschaft. Sie fordert daher, in einem Niederlassungsgesetz eindeutige Rechte für Zuwanderer festzuschreiben und ein Antidiskriminierungsgesetz zum Schutz gegen den alltäglichen Rassismus zu erlassen. Sie vertritt im übrigen die Auffassung, daß eine Integrationspolitik, die den Zuwanderern ein gleichberechtigtes Leben in Deutschland ermöglicht, dazu beitragen wird, den Rechtsextremismus sukzessive abzubauen. Zu den unverbrüchlichen Rechten der Zuwanderer gehören nach Ansicht der PDS das Wahlrecht, das Recht, Vereine zu gründen, und das Recht auf Einbürgerung, wie es bereits in einem europäischen Übereinkommen über die Staatsangehörig-Text und Fotos: mic keit verankert ist.



8

800

8

8

m

10

se das Wahlrecht für Ausländer oder auch die Verabschiedung eines Anti-Diskriminierungsgesetzes.

SPD

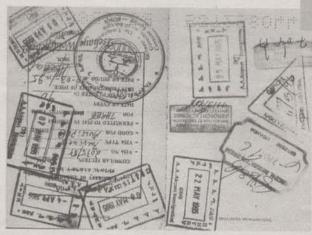
Bevor ab 2010 weitere Zuwanderung in größerem Unfang stattfinden soll, möchte die SPD ein "Jahrzehnt der Integration" für die bereits in Deutschland lebenden Migranten starten. Mit ihren vier Säulen der ge-



Für die umgehende Legalisierung von Flüchtlingen ohne Papiere

Papiere jetzt!

Die Situation illegaler Flüchtlinge ist fatal - und im europäischen Ausland kaum besser als in Deutschland. Das ist das Resümee der Konferenz "Papiere Jetzt!", die am 23.06.01 im Bochumer Kulturzentrum Bahnhof Langendreer mit rund 60 Vertretern von Flüchtlings- und anderen Organisationen stattfand. In einer Resolution fordert die Bewegung "Papiere jetzt" die sofortige Legalisierung von Illegalen, die vor einem bestimmten Stichtag eingewandert sind, sowie von Kindern und Opfern von Schlepperbanden und Menschenhändlern. Außerdem fordert sie rechtliche und psychosoziale Betreuung für Asylsuchende und eine Sicherstellung der medizinischen Versorgung. Wir dokumentieren – gekürzt – die Abschlußerklärung der Konferenz, die vollständig im Internet unter www.bo-alternativ.de/papiere-jetzt zu finden ist.



er Paß ist das edelste Stück des

Menschen - dieser zynische

Spruch ist die bittere Wahrheit

für Hunderttausende von Menschen,

die in Deutschland leben. Sie sind ,il-

legal' in den Augen der Behörden und

Gerichte, doch ihr Verbrechen besteht

in ihrer bloßen Existenz auf deut-

schem Boden. Denn ihnen fehlt ein

Stück Papier: die Aufenthaltsgenehmi-

Die unterzeichnenden Personen.

Menschenrechts- und Flüchtlingsorga-

nisationen nehmen dies zum Anlaß,

umso lauter ein Legalisierungspro-

gramm zu fordern, das die nachfol-

gend aufgeführten Punkte einschlie-

Illegale legalisieren. Papiere jetztl

die Gewährleistung

des Rechtes auf Bil-

dung, einschließlich

der Möglichkeit des

Universitätsbesuches und des Bezuges staatlicher Ausbildungsförderung,

• die Aufnahme in Sozialversicherungssysteme und Anspruch auf den Bezug von Sozialleistungen in vollem Umfang,

 die Ausdehnung der Geltung verfassungsmäßiger Grundrechte – wie des Wahlrechts - auf alle Einwohner-Innen der Bundesrepublik Deutschland,

 die Gewährleistung des Rechtes auf freie Wahl des Aufenthaltsortes,

• die Sicherung des Rechtes auf Familienzusammenführung,

 die Abschaffung des Vollzugs aufenthaltsbeendender Maßnahmen,

• die verpflichtende Bereitstellung von Integrationshilfen,

 die Gewährleistung des Rechtes auf gesetzlichen Schutz vor Diskriminierung mit Einrichtung entsprechender dezentraler Beratungs- und Beschwerdestellen.

die Ratifizierung der ,UN-Konvention zum Schutze der Rechte von Wanderarbeitern und ihren Familienangehörigen' ...

Gleiche Rechte für Alle

ßen muß:

Abschaffung sämtlicher diskriminierender Sondergesetze und –normen. Dazu sind als erste Schritte notwendig:

• die sofortige Erteilung einer Arbeitsgenehmigung ohne Durchführung einer Bedarfsprüfung, ...

 die Sicherung des Zugangs zu medizinischer Regelversorgung in vollem Umfang, ...

Legalisierung von Migrant-Innen ohne Papiere

 die Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung als Amnestie, ...

 den Verzicht auf eine langwierige Einzelfallprüfung im Rahmen der Amnestie, ... die regelmäßige Legalisierung auf Einzelantrag für MigrantInnen, ...

• die sofortige Legalisierung auf Antrag für Opfer von Gewaltverbrechen, von Ausbeutung durch Schleuser und von Zwangsprostitution, ...

die sofortige Legalisierung auf Antrag für Kinder, ...

 einen umfassenden Abschiebeschutz f
ür AntragstellerInnen, ...

 die Gewährleistung einer ausreichenden, mehrsprachigen Ankündigung der Programme ...

Asylrecht

 die Wiederherstellung des Artikels
 16 GG im ursprünglichen Geist des verfassungsmäßigen individuellen Rechtsanspruches auf Asyl, ...

die Ausweitung der Begriffsdefinition politischer Verfolgung, ...

 die Berücksichtigung spezifischer mit Fluchtbiografien verbundener Probleme, ...

 die Gewährleistung einer institutionalisierten psychosozialen Betreuung, ...

 die von staatlicher Seite garantierte Bereitstellung eines Rechtsbeistands, ...

die Anpassung der Fristen im Asylverfahren an die gängige Praxis in anderen Verfahren, ...

• den besonderen Schutz von AntragstellerInnen vor Schäden, die in der Unübersichtlichkeit des Verfahrens begründet sind, ...

 die Behandlung von unter 18-jährigen als Kinder gemäß Artikel 1 der UN-Kinderkonvention.

Einwanderung

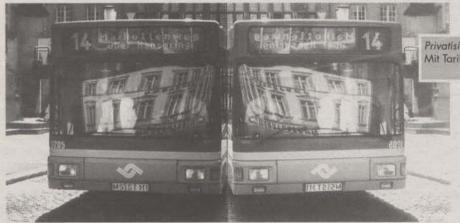
 die Eröffnung anderer legaler Einwanderungswege für nicht politisch Verfolgte, unabhängig vom jeweiligen ökonomischen Bedarf.

Einstieg in den Abstieg?

Der Tarifkampf im münsterschen Busgewerbe

von Hans-Dieter Hunscher

Eine neue EU-Verordnung sieht vor, daß alle Linienverkehrsleistungen europaweit auszuschreiben sind und daß der jeweils "günstigste" Anbieter den Zuschlag im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) erhält. Diese Verordnung ist von tarifpolitischer Brisanz, da niedrige Betriebskosten kaum ohne Lohndumping zu erreichen sind. Im Jahre 2000 schloß die Gewerkschaft ÖTV daher mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband einen "Spartentarif Nahverkehr" ab und ergänzend hierzu in Münster mit den Stadtwerken eine entsprechende Anwendungsvereinbarung.



Privatisierter oder Öffentlicher Nahverkehr? Mit Tarifvertrag fährt man besser! Foto: SPERRE

a dieser Tarifvertrag aber nicht für alle ÖPNV-Anbieter verbindlich anzuwenden sei, forderte die ÖTV in einer Presseerklärung Anfang März 2001 von der nordrheinwestfälischen Landesregierung eine Initiative für ein Vergabegesetz, das alle Anbieter zu qualitativen und tariflichen Mindeststandards verpflichten sollte. Auch der Kommunale Arbeitgeberverband NRW, der Deutsche Städtetag, der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen und die Stadtverwaltung Münster unterstützten diese Initiative.

CDU-Ratsherr Klein meinte zur weiteren Entwicklung des Verkehrsbetriebs der Stadtwerke Münster, die 300 betroffenen Busfahrer und -fahrerinnen müßten im schlimmsten Falle Einkommenseinbußen bis zu 30 Prozent hinnehmen. Angesichts der Tatsache, daß die Einkünfte bei einem verheirateten Busfahrer mit zwei Kindern in der höchsten Lohnstufe bei 3.125 Mark netto liegen und nach dem privaten NWO-Tarif sogar nur bei 2.396 Mark netto, kritisierte ÖTV-Geschäftsführer Bernd Bajohr diese Äußerung scharf: "Es ist eine Frechheit und Ignoranz sondergleichen, wie Herr Klein hier mit den berechtigten Ängsten von Beschäftigten des Verkehrsbetriebes umgeht."

Da die Stadtratsmehrheit plante, am 15. Mai einen Beschluß zur Privatisierung der Stadtwerke zu verabschieden, streikten die Busfahrer und -fahrerinnen an diesem Tage und erwirkten so einen von der Gewerkschaft angenommenen Kompromiß, nach dem die Stadt zum 1. Juli eine 51-Prozent-Mehrheit an einem privaten Busunternehmen erwerben und bei einer Unterzeichnung des Spartentarifvertrages durch die ÖTV im Juni den Tarifvertrag für das jetzige Fahrpersonal der Stadtwerke erhalten sollte. Bajohr erklärte als Grund für die Zustimmung zu diesem Kompromiß, man habe erreicht, daß die private ,Verkehrsservice-Gesellschaft Münster GmbH (VSM)' erst am 1. Juli ihre Funktion aufnehme, ohne den Altbestand des Personals zu "schlucken".

Der Konflikt war damit noch nicht ausgestanden. Da der Bundesrat die Debatte über das Vergabegesetz zum Schutz des ÖPNV vor der billigen Konkurrenz mehrfach verschob, kam es zu bundesweiten Protestaktionen am 19. Juni. Am 22. Juni stimmte der Bundesrat dann endlich dem Vergabegesetz zu und brachte auf nordrheinwestfälische Initiative beim Bundestag einen Entwurf zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen ein (wozu ja auch der ÖPNV gehört). Allerdings leiteten die Regierungsfraktionen des Bundestages das Gesetzgebungsverfahren zum Vergabegesetz im Juni nicht ein, was die Gewerkschaft als Bedingung für die Unterzeichnung unter den Spartentarifvertrag ansah. Am 1. Juli wurde das Fahrpersonal der Stadtwerke Münster in die VSM überführt. Am 4. Juli traten die Fahrer und Fahrerinnen daher in den Streik. Da die Arbeitgeberseite sich unnachgiebig zeigte, veranlaßte ver.di, die Nachfolgegewerkschaft von fünf Gewerkschaften (darunter der ÖTV), eine gerichtliche Prüfung, ob die VSM sich mit ihren Kündigungsdrohungen unter anderem der Nötigung schuldig gemacht habe, ver.di hat inzwischen die für ein Volksbegehren gegen die Privatisierung des ÖPNV erforderlichen 8.500 Unterschriften zusammen. Der Rat der Stadt Münster wird also nicht umhin können, seinen Privatisierungsbeschluß nochmal auf die Tagesordnung zu setzen. Entsprechende Volksbegehren in Hamm und Düsseldorf bewirkten bereits die Rücknahme der Privatisierungsbeschlüsse.

URTEILE

Verzugszinsen aus Bruttolohn

Gerät der Arbeitgeber mit den Lohnzahlungen in Verzug, dann kann der Arbeitnehmer Verzugszinsen verlangen. Die Verzugszinsen richten sich nicht nach dem Nettolohn, sondern nach dem Bruttolohn, auch wenn dem Arbeitnehmer davon noch Steuern und Sozialversicherung abgezogen werden. Daran ändert auch nichts, daß der Arbeitgeber Säumniszuschläge für ausstehende Steuern und Sozialbeiträge der Sozialversicherungen und des Finanzamtes in Kauf nehmen muß.

Bundesarbeitsgericht GS 1/00 vom 7.3.01, Pressemitteilungen

Nicht erreichbar trotz Nachsendeantrag

Wer umzieht und dies nicht bei dem neu zuständigen Arbeitsamt meldet, gilt auch dann für nicht erreichbar, wenn er einen Nachsendeantrag stellt. Nur wer innerhalb des Wohnortes oder in eine Nachbargemeinde umzieht, kann auch ohne die Ummeldung weiter Arbeitslosengeld beziehen, wenn rechtzeitig ein Nachsendeantrag gestellt wurde.

Bundessozialgericht B 11 AL 10/01 R vom 20.6.01, Pressemitteilungen

Leiharbeit ablehnen ohne Sperrzeit

Wird ein Facharbeiter arbeitslos, darf er im ersten Monat der Arbeitslosigkeit das Stellenangebot einer Leiharbeitsfirma als unzumutbar ablehnen, ohne eine Sperrzeit zu erhalten. Wer gerade arbeitslos geworden ist, darf die Arbeitssuche zunächst auf reguläre Arbeitsverhältnisse beschränken. Leiharbeit ist jedoch umstritten, sie gilt als Beschäftigung minderer Qualität und minderen Rechts.

Landessozialgericht Essen, L 12 AL 104/00 vom 2.1.01, Pressemitteilungen

Keine Sperrzeit ohne konkretes Arbeitsangebot

Um eine Sperrzeit zu verhängen, muß das Arbeitsamt die angebotene Stelle vorher genau benannt haben. Wenn ein Arbeitssuchender im Bewerbungsgespräch bei einer Leiharbeitsfirma für eine konkretes Arbeitsangebot als nicht geeignet erscheint, dann kann diese Leiharbeitsfirma zwar ein anderes Arbeitsangebot aus der Schublade ziehen. Dieses neue Angebot kann jedoch abgelehnt werden, ohne daß eine Sperrzeit droht. Für eine Sperrzeit ist in jedem Einzelfall nötig, daß das Arbeitsamt dieses Stellenangebot konkret beschreibt und mit dem Hinweis auf die Sperrzeitsanktion verbindet.

SG Düsseldorf, S 13 AL 293/99 vom 26.4.2001 , nach Sozialinfo Juni 2001

Einmalzahlungen sollen Arbeitslosenhilfe erhöhen

Es ist verfassungswidrig, wenn die Arbeitslosenhilfe geringer ausfällt, weil Einmalzahlungen wie Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld nicht in die Bemessung der Arbeitslosenhilfe eingehen.

SG Dortmund, S 5 AL 304/00 vom 23.03.2001, nach Sozialinfo Juni 2001, nicht rechtskäftig Anmerkung:

Diese Entscheidung wird z.Zt. vom Bundesverfassungsgericht überprüft. Wer Widerspruch oder Klage dagegen einlegt, daß das Arbeitsamt die Einmalzahlungen nicht bei der Bemessung der Arbeitslosenhilfe einbezogen hat, sollte sich auf dieses Urteil berufen und außerdem beantragen, daß das Verfahren bis zur Entscheidung des Verfassungsgerichts ruht.

Auto ist mit Sozialhilfe vereinbar

Das Halten eines Autos ist kein unwirtschaftliches Verhalten und steht der Sozialhilfe nicht entgegen, wenn die Kosten nur einen begrenzten Anteil der Sozialhilfemittel für persönliche Bedürfnisse betragen. Für persönliche Bedürfnisse sind 35 % des Regelsatzes vorgesehen, diese können frei verwendet werden. Der für das Auto verwendete Teil kann deutlich größer sein als der Anteil im Regelsatz, der für Verkehrsleistungen zur Verfügung steht.

BVerwG, Az.: 5 B 217/99 vom 29.12.2000, Sozialinfo Juni 2001

Kindererziehung in der sozialen Pflegeversicherung - Art. 3, Art. 6 GG

Mit Art. 3 Abs.1 in Verbindung mit Art. 6 Abs. 1 GG ist es nicht vereinbar, Mitgliedern der sozialen Pflegeversicherung, die Kinder betreuen und erziehen und damit neben dem Geldbetrag einen generativen Beitrag zur Funktionsfähigkeit eines umlagefähigen Sozialversicherungssystems leisten, einen gleich hohen Pflegeversicherungsbeitrag wie Mitgliedern ohne Kinder abzuverlangen

BVerfG, Urteil des ersten Senats vom 03.04.2001 Az.: 1 BvR 1629/94, NDV-RD 2001 S.43ff

Verletztengeld kein Erwerbseinkommen §§ 45 ff SGB VII, § 76 Abs. 2a Nr.1 BSHG

Bezieht ein Sozialhilfeberechtigter Verletztengeld (§§ 45 ff SGB VII), so ist er kein Erwerbstätiger im Sinne des § 76 Abs. 2a Nr.1 BSHG; ein Anspruch auf Gewährung eines Absetzungsbetrages besteht somit nicht.

OVG Lüneburg, Urteil vom 12.02.2001, Az.: 12 L 3959/00 NDV-RD 2001 S.53

ANWALTTIP

TASS

oder:

Wie der Staat mit Tarifverträgen umgeht.

aß Tarifverträge für den Öffentlichen Dienst auch nicht mehr das sind, was sie einmal waren, zeigen die Auseinandersetzungen um die Busfahrer. Ähnlich kalt erwischt hatte es zuvor die Zivilbeschäftigten der Stationierungsstreitkräfte:

Mohammed K. arbeitete als Wachmann bei der britischen Rheinarmee. Er verdiente nicht schlecht, aber mit dem Truppenabbau fiel auch sein Arbeitsplatz weg. Nun bezog er Arbeitslosengeld und nach Erschöpfung des Anspruchs Arbeitslosenhilfe. Freilich stand er nicht ganz so schlecht da wie viele seiner Kollegen in anderen Branchen. Seine Gewerkschaft hatte 1971 einen , Tarifvertrag Soziale Sicherheit (TASS)' ausgehandelt. Dieser Vertrag sah in etwa eine Nettolohngarantie für einige Jahre der Arbeitslosigkeit in Höhe von 90 Prozent seines Nettogehalts vor. Insoweit wurden die Leistungen des Arbeitsamtes aufgestockt, auch die Arbeitslosenhilfe. Mohammed K. war darauf dringend angewiesen, denn er ist verheiratet und hat drei kleine Kinder, und die auf Kredit gekaufte Wohnungseinrichtung muß auch noch abgezahlt werden. Doch im Juni 1997 brach für Mohammed eine Welt zusammen. Der Bundesgesetzgeber hatte die Vorschriften über die Arbeitslosenhilfe geändert. Folgerung des Arbeitsamtes: Künftig müssen die Leistungen nach dem TASS auf die Arbeitslosenhilfe angerechnet werden, es handele sich um zu berücksichtigendes Einkommen. Schluß war es mit der Lohngarantie, faktisch blieb nur noch die Arbeitslosenhilfe, Mohammed K. mußte Sozialhilfe beantragen, die Kredite wurden gekündigt, und und und. Man stelle sich vor: Als Tarifvertragspartner garantiert die Bundesrepublik Deutschland den Beschäftigten der Stationierungsstreitkräfte Zahlungen, die zusätzlich zur Arbeitslosenhilfe gezahlt werden sollen, als Gesetzgeber freilich schafft man Regelungen, wonach die Zahlungen dann doch nicht erfolgen sollen. Mohammed klagte, verlor vor Arbeitsgericht und Sozialgericht und gab schließlich auf. Zu früh: Im Jahr 2000, also drei Jahre später, entschied der 7. Senat des Bundessozialgerichts, daß die Leistungen nach dem TASS kein Einkommen darstellen, das auf die Arbeitslosenhilfe angerechnet werden darf. Mohammed K. bekommt trotzdem kein Geld. Denn trotz des eindeutigen Urteils des BSG stellt sich das Arbeitslosenrecht zuständigen Senat des BSG noch einmal. Das dauert.

Mohammed K. indessen hat jetzt nicht aufgegeben: Er beantragte die Überprüfung seiner Arbeitslosenbescheide nach § 44 SGB III mit folgendem schlichtem Satz: "Ich beantrage die Überprüfung der rechtswidrigen Bescheide über die Gewährung von Arbeitslosenhilfe unter Bezugnahme auf die Entscheidung des BSG vom 7.9.2000, AZ.: B 7 72/99 R." Als der Antrag abgelehnt wird, legt er Widerspruch ein. Auf eine Begründung kann er verzichten, da das Arbeitsamt ohnehin die Weisung hat, seinen Widerspruch zurückzuweisen. Dann erhebt er Klage beim Sozialgericht. Dafür kann er sich jetzt sogar einen Anwalt leisten, da er Prozeßkostenhilfe bekommt: Arm ist er ohnehin, und er hat immerhin das BSG auf seiner Seite. So zahlt die Bundesrepublik Deutschland wenigstens erst einmal den Prozeß.





Wir basteln uns ein Beschäftigungsmodell.

Millionen liegen auf der Straße!

Nein, nicht Mark. Und schon gar nicht Euro. Leider. Die Rede ist von arbeitsscheuen Faulenzern, die sich dort mit ihren Liegestühlen breit machen. Und wenn es den Arbeitslosen da draußen so gold geht, kann denen, die 'drin' sind, ein wenig 'Lohnzurückhaltung' ja wohl nicht schaden! Tarifjahr um Tarifjahr pilgert das (noch) beschäftigte Fußvolk treu ergeben im Windschatten dieser fadenscheinigen

Propaganda - angeblich direkt ins von Schröder, Hundt und Co. versprochene gelobte Land. wo an üppigen Bäumen zahllose Arbeitsplätze reifen. Herrn Jagodas Statistiken sind da weniger verheißungsvoll. Im letzten Jahrzehnt haben sich die Gewinne der Unternehmen schwuppdiwupp verfünffacht, genehmigten sich die deutschen Manager Gehaltsnachschläge von schlappen 300 Prozent. Zwölf Millionen Mark pro Jahr sitzen da schon mal drin wohlgemerkt: für einen deutschen Manager! Deshalb hat Oskar Lafontaine (ja, es gibt ihn noch!) unlängst ein neues Wort geschöpftundgefragt, wie's denn zur Abwechslung mal mit etwas Gewinnzurückhaltung' wäre? Vielleicht blieben dann ja ein paar Mark für die betriebliche Weiterbildung übrig. Oder für den Abbau von Überstunden. Oderfürneue Produktideen, neue Arbeitsplätze, neue Standorte ...



ie Post plant Entlassungen. Die Bahn plant Entlassungen. Siemens plant Entlassungen. Die Deutsche Bank plant Entlassungen. Nur so, klingt es unisono aus den schicken Vorstandsetagen, könne man wettbewerbsfähig bleiben. Ganze Standorte verschwinden, der Globalisierung sei Dank, von der deutschen Bildfläche. Und wer sich die Finger nicht mit Entlassungen schmutzig machen und trotzdem "wettbewerbsfähig" bleiben will, der gründet auf die Schnelle den einen oder anderen Unternehmenszweig aus und spart sich so auf Kosten der (Ex-)Mitarbeiter gesund. Die münsterschen Stadtwerke exerzieren gerade mit ihrem Busbetrieb sehr unschön vor, wie man sowas macht (s. S. 5 und 11 in dieser SPERRE).

Wo Genua liegt, weiß nach dem G8-Tumult vom Juli jeder Krawallmacher, wenigstens so global. Doch wer kennt schon Elmshorn? Das liegt etwas weiter nördlich, nahe der Elbmündung im Landkreis Pinneberg, und hat jüngst in Insiderkreisen mit einem neuen Modell im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit von sich reden gemacht - dem (Sie ahnen es!) ,Elmshorner Modell'. In der Tat gibt es eine ganze Menge solcher Beschäftigungsmodelle: Das Schwedische Modell' setzt auf verbesserte Rahmenbedingungen für die Beschäftigung oder die Berufsrückkehr von Frauen; das ,Niederländische Modell' erntet mit seinem - jahrelang hochgejubelten - Ausbau der Teilzeitund Zeitarbeitsquote inzwischen einige Kritik, vor allem wegen der prekären Individualisierung sozialer Risiken und dem wenig beschäftigungsfreundlichen Rückgang der Binnennachfrage; das 'Dänische Modell' will die Arbeitslosigkeit durch ein Job-Rotations-Konzept, das mittels einer Stellvertreterregelung Beschäftigung sichert und gleichzeitig Qualifizierung ermöglicht, von 13 (1994) auf 5 Prozent (2005) reduzieren. Diese Idee finden Bundesarbeitsminister Walter Riester und NRW-Arbeitsminister Harald Schartau so interessant, daß sie sie in eigene Gesetzes- und Projektvorhaben übernommen haben (die SPERRE wird berichten).

Keine Frage: Auch bei uns in Deutschland haben Beschäftigungsmodelle Konjunktur. Die meisten - wie das Saarbrücker Modell 'PLUSLohn' oder das 'Mainzer Modell' setzen den Hebel bei der zeitlich und finanziell begrenzten Aufstockung des Nettoeinkommens von Personen an, die aus ihrer Arbeitslosigkeit heraus in niedrig entlohnte Jobs vermittelt wurden. Geringe und in der Regel nicht existenzsichernde Einkommen werden hier durch staatliche Subventionen

aufgestockt, um Anreize zur Arbeitsaufnahme zu geben und so das Sozialsystem letztlich zu entlasten. Klingt gut, öffnet aber perspektivisch einem Niedriglohnsektor, wie ihn die deutschen Arbeitgeberverbände seit langem fordern, Tür und Tor. Und durch die ginge es unaufhaltsam auf die Rutschbahn einer wenig amüsanten Abwärtsspirale: Arbeitslose würden als Dumping-Konkurrenz gegen Beschäftigte ausgespielt, deren Ar-

blau-weißen Autobauer in ihrem neuen Leipziger Werk 10.000 Stellen schaffen wollen.

An solchen Hausnummern können Betriebsräte und Gewerkschaften einfach nicht vorbei, und das wissen die Konzernchefs Piech und Milberg natürlich ganz genau. Deshalb schnüren sie in ihre Überraschungspakete drastische Verlängerungen der Wochenarbeitszeit und nicht minder auch beunruhigt: "Wer soll dann zukünftig noch Arbeitslose zu Tarifbedingungen einstellen, wenn die IG Metall in einem Unternehmen, wo sie stark ist, einer anderen Entwicklung den Weg ebnet?"

Trübe Aussichten. Also schnell nochmal zurück ins beschaulichere Elmshorn und zu dem gleichnamigen Beschäftigungsmodell. Natürlich ist auch hier nicht alles

Gold, was glänzt. Doch immerhin verläßt dieses Pilotprojekt - vor kurzem wurde es übrigens mangels Mißerfolg auf ganz Schleswig-Holstein ausgeweitet - insofern die ausgetretenen Kombilohn-Pfade. als es erstmals Lohnsubventionen mit einer konkreten Einzelfallberatung der Betriebe durch Wirtschaftsexperten und einer gezielten Weiterbildung der vermittelten Arbeitslosen verknüpft. Personalberater, die sich mit den Unternehmens- und Arbeitsmarktstrukturen vor Ort bestens auskennen, besuchen





i olo. quei

beitsplätze tariflich mehr oder weniger abgesichert sind. Noch. Die Folgen davon wären eine weitere Atomisierung der Tariflandschaft und ein weiteres Absinken der Arbeitnehmer-Realeinkommen. Das wiederum würde - schließlich muß ja das berühmt-berüchtigte Lohnabstandsgebot gewahrt bleiben - eine weitere Kappung der Arbeitslosenunterstützung und der Sozialhilfe nach sich ziehen. Und so weiter, und so weiter.

Auch firmenspezifische Beschäftigungsprojekte agieren geschickt mit Zuckerbrot und Peitsche. Das immer noch heiß diskutierte VW-Modell ,5.000 x 5.000' (5.000 neue Stellen, dotiert mit je 5.000 Mark brutto) lockt genauso mit der Schaffung einer großen Zahl von Arbeitsplätzen wie das Vorhaben, das BMW auf den wirklich schönen Namen ,Formel für Arbeit' getauft hat und mit dem die

deutliche De-facto-Lohnabstriche ein. Sie nennen das "Flexibilisierung" und reiben sich über ihren gelungenen Coup die Hände. Denn die Gewerkschaften sitzen schön in der Klemme: Sie können solche Projekte unmöglich ablehnen, wenn sie in der Öffentlichkeit nicht als Jobkiller dastehen wollen - schließlich haben sich allein auf das VW-Modell mehr als zehntausend Menschen beworben, die offenbar bereit sind, die diktierten Konditionen für einen (untertariflichen) Einheitslohn von 5.000 Mark brutto zu akzeptieren. Sie können solchen Projekten aber eigentlich auch nicht zustimmen, weil diese den über Jahrzehnte mühsam aufgebauten Tarifschutz der Arbeitnehmer ad absurdum zu führen und eine Zwei- oder sogar Mehrklassengesellschaft innerhalb einer einzigen Unternehmensbelegschaft zu etablieren drohen. IG-Metall-Chef Klaus Zwickel fragt denn

Recht auf Arbeit unter sozialen Bedingungen



Rüdiger Sagel, NRW-Landtagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen aus Münster, ist wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion.

Foto: Bündnis 90 / Grüne

m derzeitigen Prozeß der Globalisierung und Digitalisierung vollzieht sich in der Arbeitswelt zudem ein dramatischer Wandel der Arbeitsplätze. Nicht nur, daß Arbeitsplätze in hohem Maße abgebaut werden, die anderweitig nur unzureichend ersetzt werden - auch die Arbeitsbedingungen, Stichwort Flexibilisierung, verändern soziale und kommunikative Strukturen der Beschäftigten nachhaltig. Individualisierung, Entsolidarisierung und unterschiedliche soziale wie psychische Probleme sind die Folge der flexiblen, wirtschaftlich geprägten Gesellschaft und der neuen Form des Kapitalismus unserer heutigen Zeit.

Einerseits entstehen immer mehr Arbeitsplätze, die eine hohe Qualifikation und eine ausgeprägte Flexibilität der ArbeitnehmerInnen voraussetzen, daneben entwickelt sich ein Sektor der niedrig qualifizierten und niedrig entlohnten Tätigkeiten. Arbeit wird mehr und mehr so schlecht entlohnt, daß dies oft nicht zum Lebensunterhalt reicht und ein "working poor" die Folge ist. Grüne in NRW haben hierauf nicht nur immer wieder hingewiesen, sondern sich entschieden dagegen gewandt.

Ein zentrales Element zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit und der vorgenannten Problematik besteht mit Sicherheit darin, mehr Weiterbildungsmöglichkeiten zu schaffen, um sowohl Erwerbslosigkeit vorbeugend zu begegnen als auch die Integration Erwerbsloser in den ersten Arbeitsmarkt zu verbessern. Individuelle Grenzen müssen dabei anerkannt werden. Wesentlich notwendig ist aber eine Neudefinition der öffentlichen Daseinsvorsorge, um einen öffentlich finanzierten, gemeinnützigen Sektor aufzubauen, in dem sozial und ökologisch sinnvolle, existenzsichernde Arbeitsplätze geschaffen werden. Eine besondere Aufgabe ist dabei die geschlechtergerechte Gestaltung der Arbeitswelt. Frauen verdienen im Durchschnitt immer noch deutlich weniger als Männer; sie haben schlechtere Aufstiegschancen, und auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf läßt weiterhin zu wünschen übrig.

Die zentrale Herausforderung an die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik stellt nach wie vor der massenhafte unfreiwillige Ausschluß aus dem Erwerbsleben dar. Die hohe Erwerbslosigkeit in der Bundesrepublik wie auch in anderen Ländern führt dabei nicht nur zu finanziellen Problemen bei den Betroffenen, sondern zieht in der Regel auch vielschichtige soziale Probleme nach sich und ist in großem Maße prägend für Kinder und Jugendliche die unter den Bedingungen von Armut erwachsen werden. Nichts ist daher so dringlich für eine eigenverantwortliche und auskömmliche Lebensgestaltung wie die Bereitstellung ausreichender Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Die Grünen in NRW haben sich diesen Aufgaben in vielfältigster Weise gestellt. Landesprogramme wie "Soziale Betriebe', ,Arbeit statt Sozialhilfe' oder ,Frauen in Technik und Handwerk' und 'Jugend in Arbeit' tragen dazu bei, daß auch denjenigen noch Chancen geboten werden, die ansonsten höchstens in der Sozialhilfe noch ein mageres und perspektivloses Auskommen finden. Unser Ziel ist es, neben einer strukturierten Wirtschaftsförderung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zum Beispiel bei innovativen Technologien wie regenerativen Energien, beim produktionsintegrierten Umweltschutz oder in der computergestützten Fertigungstechnik, vor allem aber neue Arbeitszeitmodelle voranzubringen. Ohne Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit wird die Massenerwerbslosigkeit nicht einzudämmen sein. Durch eine Teilzeitoffensive oder Job-Sharing -, Weiterbildungs- und Rückkehrmodelle etc. wollen wir auch in Zukunft aktive Arbeitsmarktpolitik gestalten und Arbeitsmarkthemnisse abbauen.

Karin Piene Rechtsanwältin

Tätigkeitsschwerpunkte

- Mietrecht
- Familienrecht
- Sozialhilferecht

Achtermannstr. 10-12 • 48143 Münster • Fon 0251-518595 • Fax 0251-40729

Die Frauenorganisationen und –verbände laufen Sturm gegen die Vereinbarung der Bundesregierung mit der Wirtschaft.

Bundeskanzler Schröder bremst das Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft aus.

Frauenministerin Beramann legte im September letzten Jahres den Gesetzentwurf zur Gleichstellung in der Privatwirtschaft vor. Rot-Grün wollte damit endlich wieder Bewegung in die Gleichstellungspolitik bringen. Die Unternehmen sollten verpflichtet werden, das Amt einer Gleichstellungsbeauftragten einzurichten, und zudem die Möglichkeit zu betriebsinternen Vereinbarungen im Rahmen eines Gleichstellungsplanes erhalten. Dieser sollte insbesondere

- Zielvereinbarungen zur Erhöhung der Frauenanteile in Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, enthalten,
- das Gender-Mainstreaming-Prinzip, wie es auf EU-Ebene verbindlich ist, als Firmenprinzip aufnehmen,
- Vorschläge zur betrieblichen Umsetzung des Lohngleichheitsgebotes unterbreiten und
- konkrete betriebliche Maßnahmen zum Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz festlegen.

Darüber hinaus sollte er weitere Maßnahmen zu den Bereichen 'Gleichstellung von Frauen und Männern' und 'Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit' aufnehmen, die im Unternehmen - auch in kleineren und mittleren Betrieben - umsetzbar sind.

Nur die Firmen, die nach zwei Jahren kein eigenes Konzept zur Frauenförderung vorlegen würden, sollten sich den Auflagen aus dem Gleichstellungsgesetz beugen. Doch bereits das paßte vielen Unternehmen nicht. Und Bundeskanzler Schröder stoppte das Vorhaben und lud die Wirtschaft zum Gespräch (siehe SPERRE 5/01).

Über die jetzt vorliegenden Ergebnisse sind ...

... die Spitzenverbände der Wirtschaft erfreut. In der Vereinbarung heißt es: "Die Spitzenverbände der Wirtschaft sagen zu, ihren Mitgliedern betriebliche Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit von Männern und Frauen sowie der Familienfreundlichkeit zu empfehlen." Sie mögen:

- Chancengleichheit und Familienfreundlichkeit als Unternehmensphilosophie verankern und nach innen und außen bekannt machen,
- die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zur Chefsache machen,
- flexible Arbeitszeiten, Telearbeit, Jobsharing und Kinderbetreuungsmöglichkeiten einrichten,
- Frauen weiterqualifizieren, um ihren Anteil in den Führungspositionen zu erhöhen.
- Ausbildungsangebote speziell für junge Frauen machen.
- Eltern in der Familienphase Angebote zur Weiterbildung und Wiedereingliederung eröffnen,
- verbindliche Zielvorgaben über Frauen in Führungspositionen formulieren
- MitarbeiterInnen bei der Umsetzung beteiligen.

Ein Gremium, das paritätisch mit Vertretern (!) aus Politik und Wirtschaft besetzt ist, soll eine Bestandsaufnahme machen und die Maßnahmen alle zwei Jahre evaluieren.

Die Regierung verpflichtet sich, keine gesetzlichen Regelungen einzuführen, solange die Vereinbarung erfolgreich umgesetzt wird. Sie will sich darüber hinaus bemühen, Ganztagsschulen und Ganztagsbetreuung für Kinder auszubauen.

Die Frauenorganisationen und -verbände sind empört:

Die Frauen, Frauenorganisationen und -verbände, aber auch die GRÜ-

NEN werfen der Regierung vor, dem grundgesetzlichen Auftrag zur Gleichstellung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen,

also auch in der Privatwirtschaft, nicht gerecht zu werden. Die Koalitionsvereinbarung wird damit untergraben. "Dreist" und "skandalös" nennt Inge von Bönninghausen vom Deutschen Frauenrat diese Vereinbarung. In einem Brief fordern viele Wählerinnen Bundeskanzler Schröder auf, sich nicht hinter diejenigen Stimmen aus der Privatwirtschaft zu stellen, die bei aller "Freiwilligkeit" ein bißchen Frauenförderung nach Belieben, aber keine Gleichbehandlung aller Frauen und Männer und schon gar keinen Rechtsanspruch zulassen wollen.

Weiter heißt es in dem Brief: "Das würde am Ende Sie und Ihre Regierung schwächen. Stellen Sie sich hinter die Stimmen der Privatwirtschaft, die ohnehin schon die Bedingungen des künftigen Gesetzes erfüllen und vorrechnen, daß es für sie einen ganz klaren wirtschaftlichen Gewinn bedeutet. Stellen Sie sich unmißverständlich hinter den Grundwert der Gleichheit, hinter die Gleichstellung von Frauen und Männern und sorgen Sie jetzt für die Verabschiedung des Gesetzentwurfes, wie er aus dem Hause von Frau Ministerin Bergmann vorgelegt worden ist."

Anne Neugebauer

Michael Topp Paul Demel Rechtsanwälte

Bahnhofstraße 5 · 48143 Münster Telefon 0251/4140505 · Fax 0251/4140506 Junge Leute + junge Idee = interface medien

"... denn die Welt ist eine Scheibe!"

Am Anfang war die Idee: "Wir machen ein Multimedia-Magazin für Münster!" Zehn junge und seit ihrer Schulzeit miteinander befreundete Leute, Computerfreaks allesamt und allesamt mit einem gehörigen Schuß Idealismus im Blut, steckten vor knapp zwei Jahren ihre hellen Köpfe zusammen. Und checkten sehr schnell, daß man ganz neue Spielräume auftun kann, wenn man die Potentiale der Internet-Technologie für die lokale und regionale Szene-Berichterstattung nutzt. Wirtschaftliche Spielräume ebenso wie solche der Selbstvermarktung und Selbstverwirklichung. Denn eines war den Firmengründern von vornherein klar: Der 'Fun Faktor' darf auf keinen

Philip Schneider sieht nicht nur jung aus, er ist es auch. Okay, diese Feststellung allein wäre wohl kaum eine Meldung wert. Daß er mit seinen gerade mal 24 Jahren Geschäftsführer eines gar nicht so ganz kleinen Software- und Serviceunternehmens ist, aber schon. Und auch, daß sein Co-Geschäftsführer Sebasti-

an van Deel noch zwei Jahre jünger ist als Schneider. Da muß man nicht lange nachrechnen, wie alt die beiden waren, als sie gemeinsam mit ihren Freunden im Herbst 1999 die Firma interface medien GmbH gründeten. "Die Atmosphäre für Gründer", sinniert Philip Schneider, "ist in Münster zwar ein wenig bieder, nicht so offen-

siv wie zum Beispiel in München." Das hinderte die jungen Kreativen aber keineswegs daran, ihre ganze Energie und auch ihre gesamten Ersparnisse in die Realisierung der vielversprechenden Projektidee zu stecken. Jeder mit seinem eigenen Rechner unter'm Arm, zog man in einen eilends irgendwo im Hafenviertel angemieteten und eigenhändig renovierten Kellerraum. Kein Netz, kein doppelter Boden. "Wir waren eben von unserer Idee überzeugt", meint Schneider trocken, und sein offener Blick verrät, daß er es heute mehr denn je ist. Schmunzelnd erinnert er sich: "An sowas wie Gehälter haben wir damals natürlich nicht im Traum gedacht." Die meisten interface'ler waren im ,Hauptberuf' Studierende. Schneider selbst studierte Sport in Köln, van Deel brachte als frischgebakkener Groß- und Einzelhandelskaufmann das notwendige betriebswirtschaftliche Know-how mit.

,The Pages' tauften die Tüftler ihr erstes Produktbaby, ein interaktives Multimedia-Magazin für Münster. Das erschien - unter dem irgendwie stimmigen Motto: " ... denn die Welt ist eine Scheibe!" - im Frühjahr 2000 zunächst als CD, ehe es ein paar Wochen später auch ins Internet gestellt wurde (www.thepages.de). Stolz ist Philip Schneider darauf, daß ,The Pages' in Flash programmiert wurde, einer Programmiersprache, die visuelle Animationen und jede Menge spannende Effekte möglich macht: "Heute ist Flash ein Marktführer, aber vor zwei Jahren gehörten wir damit zu den allerersten!" An seinem Laptop führt Schneider vor, was mit Flash so alles möglich ist: Da rollt auf der von interface gestalteten Portalseite eines großen





österreichischen Logistikunternehmens ein virtueller Brummi mit sattem Soundsoviel-Zylinder-Baß ins Bild; und wer sich auf der Homepage der Bodenseeklinik über die Palette der dort angebotenen Schönheitsoperationen informieren will, kann zugucken, wie sich per Mausklick eine "Schublade" mit den verschiedenen Operationsgebieten und -methoden öffnet. "Das ist unsere Flashnavigation", erklärt Schneider mit einem unübersehbaren Leuchten im Blick, "nicht ganz billig zu haben, aber ein tolles i-Tüpfelchen für jede Internet-Präsenz!"

Und damit ist auch schon klar, daß die Leute von interface medien nicht bei 'The Pages', ihrer ersten Idee, stehengeblieben sind. Heute kümmert sich ein Team, das neben Programmierern und Grafikern aus Kommunikationsund Videotechnikern sowie Web- und Sounddesignern besteht, um alles, was das Herz der Kunden in den Bereichen Web- und Multimediadesign begehrt. Dazu gehört eben nicht nur die Gestaltung und Installierung von Internetpräsenzen, sondern auch eine umfassende Softwareberatung der Kunden sowie die kontinuierliche Pflege und Aktualisierung ihrer Websites. ,Content Managementsystem' heißt so etwas auf Computerneudeutsch ...

Noch ein kurzer Schwenk zurück zu den Anfängen der Firma. "Damals", erinnert sich Philip Schneider, "ging es schon hoch her und manchmal sogar drunter und drüber." Kein Wunder, wenn sich zehn junge Wilde in einem Zwanzig-Quadratmeter-Keller tummeln. Und als zu allem Überfluß ein sintflutartiger Jahrhundertregen den Keller zu fluten drohte, erlebte Schneider am eigenen Leib, daß eine Katastrophe auch ihre guten Seiten haben kann: "Sowas schweißt zusammen!" Sämtliche Freunde waren am Start und retteten in einer Nacht-und Nebel-Aktion, was zu retten war. Inzwischen hat sich interface medien in einer großzügigen und freundlichen Büroetage am Buldernweg einquartiert. An der Philosophie, daß hier alle an einem Strang ziehen, hat sich indes nichts geändert: Einnahmen werden zum großen Teil ins Unternehmen reinvestiert; und was zu tun ist, tut man ohne Schielen auf irgendeine Stempeluhr. "Wir wissen, wann Malochen angesagt ist", so Schneider, "aber wir wissen auch, wie man ordentlich feiert!" Da ist er wieder, der Fun-Faktor …

Und schließlich hat auch die Stadt Münster - bieder hin, bieder her - ihr Scherflein zum gelungenen Start des interface-Projekts beigetragen. Das Amt für Wirtschaftsförderung vermittelte und bezahlte einen 'Business-Angel', einen externen Berater also, der beim Knüpfen wichtiger Geschäftskontakte und beim Erstellen des interface-Geschäftsplanes behilflich war. Mit diesem Plan in der Tasche, konnten die Jungunternehmer

die Deutsche Ausaleichsbank und die Volksbank Münster von ihrer Geschäftsidee überzeugen. "Mit unserem Unternehmenskonzept", faßt Geschäftsführer Philip Schneider zusammen, "fahren wir genaugenommen dreigleisig." Da ist zum einen die Kreation und Vermarktung ei-

gener Produkte wie 'The Pages' oder des Animationsprogramms 'your SMIL' (www.yourSMIL.com), mit dem die Kunden interaktive Videos ins Internet stellen können - beispielsweise die filmisch aufbereitete und von den Website-Besuchern per Mausklick je-

derzeit steuerbare Präsentation eines Shopsystems. Zweitens versteht sich interface medien, wie gesagt, als Multimedia-Dienstleister, der die Kundenwünsche von der Konzeption eines Kundenportfolios über die internetfähige Produktion von Videos (,Streaming Video') bis hin zu Webdesign und -pflege in die Tat umsetzt. Und last not least soll das Unternehmen langfristig als Mediencenter fungieren, unter dessen Dach sich verschiedene IT-Firmen ansiedeln und die so entstehenden Synergien nutzen. "Aber das ist noch Zukunftsmusik", stapelt Schneider lachend tief.

Gegenwärtig liegt der Schwerpunkt der Unternehmensaktivitäten im Kundenservice. "Das wird wohl solange so bleiben", schmunzelt Philip Schneider, "bis uns eines unserer eigenen Web-Produkte ganz nach oben katapultiert." Daß das irgendwann der Fall sein wird, daran zweifelt er nicht eine Sekunde. Bis dahin stellt sich allerdings die Frage, wie so eine junge Internet-Fir-

> ma im heiß umkämpften Multimedia-Markt an Kunden rankommt. "Da ist viel Mundpropaganda im Spiel", weiß Schneider, "und natürlich verfügen wir auch mit den von uns selbst entwickelten Multimedia-Produkten über das eine oder andere gut sichtbare Aushängeschild." Und wenn man sich wie

die interface'ler mit Referenzkunden wie der 'Bunten' oder mit erfolgreich realisierten Präsentationen wie der 'Bambi-Verleihung 2000' schmücken kann, dann sind das schon richtig große Hausnummern im Wettbewerb um das scheue Wesen namens Kunde.

interface medien GmbH
Buldernweg 40
48163 Münster
Fon: 0251 - 609 03-74
Fax: 0251 - 609 03-79
Mail: info@interface-medien.de

Häuserhüten bei Reichen als Urlaubs - Chance für Mittellose?

Catsitting in Portugal, oder: um die Welt für wenig Geld!

von Verena Finster

Algarve, 18 Uhr im April 2001. Leicht benommen registriert der Körper 20 Grad und strahlende Sonne. Nur noch ein Stück die Küste entlang, dann bin ich in 'meinem Haus' für die nächsten 10 Tage. Eine Lady nimmt mich in Empfang. Im Garten glitzert das Wasser eines Schwimmbeckens. Abends ein Anruf in Münster: Dort sind 2 Grad und Schneeregen. Nur ein Traum? Verena Finster hat's erlebt.

C chon öfter hatte ich von Heidemarie Schwermer gehört und gelesen, der Frau, die seit Jahren ohne Geld lebt. Die Buchautorin ("Das Sterntalerexperiment") schildert in Talkshows gerne, wie sie mit ihrer Idee des Häuserhütens "Arm und Reich zusammenbringen" will.

Eigentlich glaubte ich nicht so recht, daß das funktionierte, ihr Leben ganz ohne Geld und ohne Krankenversicherung. Aber wie sich herausstellte: Heidemarie hat inzwischen mehr Anfragen zum Hüten von Häusern und Tieren, als sie selbst wahrnehmen kann. So sprang ich ein und flog nach Portugal an die Algarve zum Katzen füttern. Allerdings voll versichert und mit Schecks versehen, man weiß ja nie.

In Portugal! In zwei Tagen will die Besitzerin einer Villa wegfliegen in ihre alte Heimat und mich mit dem Haus, dem Schwimmbad, dem Garten und ihren zehn hungrigen Katzen alleine lassen. Nach einer Woche wird sie wiederkommen und hofft, daß dann alles noch lebt. Inzwischen instruiert sie mich genauestens darüber, was zu tun ist: putzen, gärtnern, Pool pflegen, abends zuhause sein zum Rasen sprengen ...ja, bin ich denn wahnsinnig? Die Putzfrau mußte sie leider entlassen, bevor ich kam. Was?? Erste Fluchtgedanken kommen auf. War ich doch eigentlich nur als Katzensitterin eingeladen.

Endlich allein. Nachts proben die Katzen den Aufstand und wollen in mein Zimmer, genauer: in mein Bett, alle zehn. Die Antwort heißt: NEIN. Ich scheuche die Bande raus. Was heißt eigentlich "Ohrenstöpsel" auf Portugiesisch? Die Wohnung am Morgen: ein einziges Schlachtfeld. Die Unterlegenen im Klassenkampf haben überall hingepinkelt und die Klos laufen über. Guten Morgen! Ich vergaß: Um sechs ist hier die Nacht zu Ende. Ein durchdringendes Katzenkonzert weckte mich. "Futter" lautet der Befehl. Leider müssen die Raubtiere nachts im Haus sein, eine Sicherheits-Auflage der Chefin. Morgens putzen ohne Ende und hüpfende Flöhe überall. Als wäre mit der Fütterung, der medizinischen Versorgung und der Klosäuberung von zehn Katzen nicht schon genug zu tun. Für das Schwimmen im Pool war es leider noch zu kalt. Dafür konnte ich die Blätter täglich rausfischen und fegen ringsum, sonst wär der Tümpel gekippt. Inzwischen weiß ich, warum keine ihrer Freundinnen Zeit hatte, die Tiere während ihrer Reise zu versorgen...

Für alle, die die Ferne lockt: Erkundigt euch genau, was zu tun ist. Pflegebedürftige Personen können euch den ganzen Tag an's Haus fesseln. Schulkinder machen ebenfalls in den Ferien eine Aufsicht rund um die Uhr erforderlich. Es soll jedoch auch alternative WG's geben, die eine Vertretung zum Füttern ihrer Tiere brauchen. Bei größerem Sicherheitsbedürfnis oder höheren Ansprüchen der Besitzer kann man die professionelle Haushüteragentur empfehlen. Und die hat ihren Preis. Bei Nennung desselben winkt mancher schon ab und ist dann doch recht zufrieden mit dem unbezahlten Amateurservice. Häuserhüten kann auch über die Tauschbörse angeboten und gesucht werden. Das ist dann ebenfalls unbezahlt. Anreise, Unterkunft und Verpflegung sind jedoch in der Regel frei, sonst wäre es ein schlechter Tausch. Durch unsere bundesweite Vernetzung erfahren wir einiges an Anfragen.

Kontakt:

geben & nehmen - Zeit-Tausch-Börse für Münster und Umgebung, vernetzt mit den Tauschringen in Rheine und Emsdetten

Tel. 0251-37 94 208 oder 21 56 23 Email: tauschen@muenster.org im Internet: www.muenster.org/tauschen Postanschrift: Zeit-Tauschbörse give & take Postfach 42 01 22 48068 Münster

Haben Sie schon einen Internetanschluß? Nicht? Dann wird's aber Zeit. Denn die SPERRE ist online!

www.muenster.org/sperre

- Alles auf einen Klick -





Editorial Titelthema Zum Leben zu wenig Einspruch Stattgegeben Frauen Nurr Mutl Münster-Paß Gemeinsam Mieter-TipsIhre Meinung

Die Homepage. Das Wesentliche.

Übersichtliche Themenauswahl.

In den unendlichen Weiten des WorldWideWeb treibt die SPERRE. Losgelöst von materieller Beschwernis; diffundiert, extrahiert und elektronisiert im Glasfaserkupferkabelsalat zischt sie über den Erdball, ihre Message verbreitend, blitzschnell, unaufhaltbar und immer topaktuell. Aktueller noch als die Druckausgabe, denn was morgen erst geschieht, steht heute schon im Netz! Lassen Sie sich verführen von den Möglichkeiten moderner Technologien und erfahren Sie den Rausch allgegenwärtiger Allgegenwärtigkeit, jaja, wir bringen die SPERRE online bis nach Australien, auch wenn wir nicht wissen, warum. Oder doch? Die SPERRE wird die Drehscheibe zwischen Ihnen, den anderen und uns. Forum, Chat, E-Mail, Vernetzungen ermöglichen Informationsaustausch über den Wohnzimmertisch hinweg, über alle Grenzen, alle Farben, alle Länder. Falls Sie auf dem Mond leben - die SPERRE kommt online hinterher! Und für diejenigen unter uns, die beim Lesen gerne was in der Hand halten, gibt s die SPERRE natürlich auch zukünftig auf Papier. (Gutenberg, wir danken Dir.)

Praxistraining zur Unternehmerin / zum Unternehmer: erfolgreich in die Selbständigkeit starten!

Inkubator für Existenzgründer

Das von Gründern für Gründer ins Leben gerufene Phönix Gründungsnetzwerk bietet mit einem 12-wöchigen Förderprogramm Arbeitslosen, die sich mit einer guten und/oder unkonventionellen Geschäftsidee selbständig machen wollen, die Möglichkeit, sich durch spezielle Lemprogramme zum Unternehmer ausbilden zu lassen.

Ein Team von Spezialisten betreut die Kursteilnehmer/innen und vermittelt ihnen unter anderem die Grundlagen der Unternehmensführung, die Aufbereitung und Bewertung von Marktdaten sowie die Konzeptionierung von Organisationsabläufen und Managementstrukturen.

Folgende Inhalte bietet das Inkubator-Programm:

Theoretische und praktische Schulungen Selbständiges Arbeiten in Netzwerken Recherchen zur Umsetzung der eigenen Geschäftsidee Erstellung und Präsentation eines Geschäftsplanes Bewertung des Geschäftsplanes durch ein Expertengremium

> Seminardauer: 27. August - 16. November 2001 Seminarzeiten: Mo. - Fr.: 9.00 - 16.00 Uhr Seminarort: Hafenweg 15, 48155 Münster

Weitere Infos und Anmeldung bei: Phönix Gründungsnetzwerk e.V.
Hafenweg 15
48155 Münster
Fon: 0251 - 609 59-0
Fax: 0251 - 609 59-45



Donnerstag, 30. August 2001, 17.30 Uhr

Leiharbeit, Zeitarbeit, Personal-Leasing

Möglichkeiten und Probleme der Arbeitsaufnahme

Info-Veranstaltung mit Guntram Schneider, IG Metall Münster.

cuba-Veranstaltungsraum, Achtermannstr. 10 - 12

Das etwas andere Internet-Café von büne und VHS

Immer wieder montags ...

... heißt der neue Internet-Treff, zu dem der Verein Bürgernetz - büne e.V. und die münstersche Volkshochschule ab dem 20. August im Schulungsraum am Verspoel 7/8 einladen. Zehn Computerplätze stehen bereit, an denen Internet-Einsteiger das freie Surfen im weltweiten Netz ausprobieren können.

Ziel ist es, den Münsteranern ein etwas anderes Internet-Café als üblich zu bieten. Darum werden ReferentInnen von büne und der Volkshochschule den Surfern über die Schulter schauen - wenn sie das wollen. Fragen zu den Grundverfahren des WWW können gestellt, Hilfen beim Einsatz der Suchmaschinen in Anspruch genommen werden, und es wird gezeigt, wie E-Mails ihr Ziel erreichen.

In ungezwungener Atmosphäre soll dieser Montag stattfinden. Interessierte können an einer Einführung in das weltweite Datennetz teilnehmen oder einfach loslegen.

Weitere Infos und Termine bei:

büne e.V. Fon: 0251 - 54 535 Fax: 0251 - 54 538

Mail: www.internetcafe.muenster.org

Regionalkonferenz fördert offene Arbeitslosenarbeit

In Münster fördert das Land NRW drei Einrichtungen mit offenen Angeboten für Arbeitslose. Das sind einmal das Arbeitslosenzentrum Kinderhaus, das in Kooperation der KAI und der Begegnungsstätte Sprickmannstraße betrieben wird, weiter ist es das Arbeitslosenzentrum des AbM e.V., also des Trägers der SPERRE, und drittens ist es die Arbeitslosenberatung im cuba.

as Land hat die Entscheidungen über seine von der EU mitfinanzierte Arbeitsmarktpolitik im Laufe der Jahre immer weiter an die Regionen, sprich: Arbeitsamtsbezirke abgegeben. So ist ab 2002 die Regionalkonferenz Münster auch für die Finanzierung von Arbeitslosenzentren und Beratungsstellen zuständig - wie bisher auch schon für eine Reihe anderer Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung, zur Förderung von Existenzgründungen, zur Frauenförderung, zur Unterstützung von benachteiligten, schwer vermittelbaren Gruppen oder zur arbeitsbezogenen betrieblichen Modernisierung.

Die Regionalkonferenz umfaßt Vertreter aller wichtigen Akteure am Arbeitsmarkt. Sie beschließt, welche Projektanträge aus dem regionalen Budget zu fördern sind. Diese Vertreter von Wirtschaftsverbänden, Behörden,

Ratsfraktionen, Wohlfahrtspflege und Kirchen beraten entlang der Vorgaben einer regionalen Zielvereinbarung. Die Projekte werden in der Regel nicht nur aus dem Regionalbudget, sondern auch vom Arbeitsamt oder aus dem städtischen Haushalt finanziert.

Am 21. Juni dieses Jahres hat die Regionalkonferenz nun beschlossen, daß das Land NRW die offenen Beratungsund Begegnungsangebote für Arbeitslose in Kinderhaus, beim AbM e.V. und im cuba im Jahr 2002 mit zusammen 156.000 Mark fördern soll. Als Münsters Regionalsekretärin bereitet Julia Roesler die Entscheidungen vor, sie berät die Antragsteller und stellt die Verbindung mit anderen Förderprogrammen her.

Roesler begrüßt, daß nun die Region über die Förderung der Beratungsstellen und Arbeitslosenzentren entscheidet: "Ich kann die Regionalisierung der Förderung nur positiv finden. Die Arbeit dieser Einrichtungen wird damit auch von anderen regionalen Akteuren am Arbeitsmarkt zur Kenntnis genommen, die mit dem Thema Arbeitslosigkeit zu tun haben. Arbeitslose brauchen auch solche Angebote, die nicht auf direkte Vermittlung gerichtet sind."

Roesler sieht jedoch die Probleme in anderen Regionen, wo beispielsweise für die Regionalkonferenz allein das Vermitteln zählt und offene Beratung für Arbeitslose nicht als wichtig gesehen wird. Arbeitslosenzentren und Beratungsstellen, die dort keine harten Vermittlungszahlen mitteilen können, stehen in der Gefahr, ab 2002 ohne Finanzierung dazustehen. "Aber für Münster, "so die Regionalsekretärin, "das hat ja die Regionalkonferenz gezeigt, besteht erstmal kein Anlaß zu dieser Besorgnis."

Offene Redaktionssitzung

am Dienstag, 28. August in der SPERRE um 1200

Artikel
Recherchen
Reaktionen
Diskussionen
Konsens
Nonsens



Themen
Temperamente
Initiativen
Beiträge
Gerüchte
Mitarbeit

Nur Dieckstraße 73-75 DIE MÖBELRAMPE

ist eine Einrichtung zur beruflichen und sozialen Integration von Nichtseßhaften, Haftentlassenen und Alkoholikern.

Auch Sie können uns unterstützen:

· durch Spenden

von Möbeln, Elektrogeräten, Trödel.

Hausrat aller Art*.

durch Kauf

denn die Sachkosten, also Miete, Telefon, Material, Fahrzeugskosten usw. müssen wir selber aufbringen.

durch Mitarbeit

wenn Sie Engagement und handwerkliches Geschick mitbringen.

*Auch komplette Haushaltsauflösungen, z. B. im Todesfalle. werden von uns abgewickelt. Wenn Sie Fragen haben, rufen Sie uns an. Wir stehen Ihnen gerne Rede und Antwort.

Telefon: (02 51) 2 30 11 55

Kinderhaus!

Auf unserem großen Spielgelände direkt am Wald kannst du turnen, toben, matschen. rutschen oderradfahren ...

Wir gehen zusammen zum Bauernhof oder ins Schwimmbad, tanzen und musizieren mit Claudia oder spielen und basteln im Haus. Wenn du bald 3 Jahre alt wirst oder schon älter bist, komm doch einmal vorbei und schau dir mit deinen Eltern alles an: Du findest uns am Ende der Kanalstraße, nahe bei der LVA und der Provinzial-Versicherung.



Kindergruppe: Straßburger Weg, Grevener Str. 403, 48159 Münster, Tel. MS 217341



Presse- und Informationsamt

Tausend Fragen - zwei Adressen

Bürgerberatung im Stadthaus I

Wir sagen Ihnen, wo's langgeht

Wo finde ich was? Welche Stelle ist zuständig? Ansprechpartner? Öffnungszeiten?

Schwarz auf weiß zum Mitnehmen

Broschüren, Infoblätter, Programme, Veranstaltungskalender, Formulare, Stadtpläne

Wir sind für Sie da

Mo - Fr 9.30 - 18.00 Uhr; Sa 9.30 - 13.00 Uhr Telefon 492-1313

Stadt-Infos im publicom

www.muenster.de/stadt

Diese Internet-Adresse führt zu Informationen und Dienstleistungen der Stadtverwaltung

Zum Beispiel:

www.muenster.de/stadt/vhs

Komplettes Jahresprogramm der Volkshochschule, Kurse und andere Veranstaltungen suchen und online buchen, Termine, VHS aktuell

www.muenster.de/stadt/wohngeld

Neues Wohngeld-Gesetz mit Formularen zum Download

www.muenster.de/stadtbuecherei

mit Online-Katalog, Vormerkung, Verlängern und Zugriff auf über 300.000 Medien

www.muenster.de/stadt/archiv

Adresse für Leute mit Interesse an Stadtgeschichte, mit 2 Online-Ausstellungen

www.muenster.de/stadt/formulare

Vordrucke zum Download, teilweise zum online ausfüllen

Achtermannstr. 7 · 48143 Münster
Tel. 51 11 21 · sperre@muenster.de · Fax 4 79 14
Alig. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 10.00–16.00

Termine:

Mo. Treffen für Interessierte, freie MitarbeiterInnen, PraktikantInnen u. ProjektteilnehmerInnen 12.00–13.30 Stammtisch (2. Mo. monatl.) 20.00–22.00

Di. Redaktionssitzung 12.00–14.00

VII. Offener Frauentreff 14.30–16.00

Weitere Termine nach Vereinbarung

HöRSTURZ

Unser Radiotip

"W.A.S. – Wohnen, Arbeit, Soziales"

auf Radio Antenne Munster <u>jeden</u> 4. Donnerstag im Monat von 18.04 Uhr – 18.56 Uhr.

Wir suchen ehrenamtliche MitarbeiterInnen für

- Text
- Redaktion
- Fotografie
- Verteilung
- Zentrumsarbeit
- Anzeigenakquise

Meldet Euch bei: SPERRE Münsters Monatsmagazin für Arbeit und Soziales

> Achtermannstr. 7 (gegenüber vom c.u.b.a.) 48 143 Münster

(C) 0251/511121



Sozialberatungen im *cuba*

Achtermannstr. 10–12 48143 Münster

Arbeitslosenberatung

Offene Beratung ohne Voranmeldung Mo. u. Do. 15.00–17.00 Uhr

Tel. 51 19 29 u nach Vereinbarung

sic - Sozialhilfeberatung im cuba

Di, his Fr. 09:00–12:00 Uhr Tel. 5 88 56 Do: 15:00–17:00 Uhr

Beratung für Schwangere und Do.
Alleinerziehende 1
Tel. 5 88 56

Sozialhilfesorgentelefon Mo. 15.00–17.00 Uh
Tel. 4 35 44

Projektberatung Beratung zu ABM und anderen Beschäftigungsmaßnahmen

nach Vereinbarung

Stamm isch

für Arbeitslose und Interessierte

 Austausch von Ansichten, Anregungen, Auswegen -

Jeden 2. Montag im Monat ab 20 Uhr

Kontakt:

Arbeitsiose brauchen Medien e.V. Achtermannstraße 7 48143 Münster Tel. 0251/51 11 21

NEU Treff für arbeitslose Frauen NEU

Erfahrungsaustausch

Jeden Mittwoch 14.30 Uhr-16.00 Uhr

Kontakt:

bitte telefonisch anmelden Tel. 02 51/ 51 11 21

im SPERRE-Keller gegenüber vom cuba.

GRÜNDERWERKSTATT

Ideen schmieden – Pläne zuschneiden – das eigene Unternehmen aufbauen.

Hafenweg 15, Münster

Info-Telefon: 0251/ 60 95 90